

Shariah - Weg zum Frieden?



■ Die Shariah in Großbritannien?

Rowan Williams, der Erzbischof von Canterbury, löste im Februar 2008 eine heftige Diskussion aus, als er den Gedanken aufbrachte, Aspekte der Shariah in Großbritannien einzuführen. Dies würde einer Gettoisierung der muslimischen Minderheit in Großbritannien entgegenwirken. In den Ländern Afrikas arbeitet die *Organisation für Islam in Afrika* (www.islaminafrica.org) darauf hin, die „glorreiche islamische Geschichte Afrikas wiederzuentdecken.“ Die 1989 von afrikanischen Regierungen gegründete Organisation setzt sich entsprechend den auf ihrer Homepage aufgeführten Zielen für „Frieden und Entwicklung“, für die „islamische Dawah Arbeit“ (islamische Propaganda) und für die „Einführung und Anwendung der Shariah“ ein. Im Sudan ist das islamische Gesetz, die Shariah, seit 1983 offiziell Gesetzesgrundlage. Zahlreiche fundamentalistische Gruppen wollen weltweit die Shariah in ihren jeweiligen Ländern einführen. Dies soll zu einer Stabilisierung der Gesellschaft und zu einem friedlichen Zusammenleben der Bevölkerung führen.

■ Der Einfluss der Shariah auf das politische Leben

Nachdem in den 80er und 90er Jahren fundamentalistische Gruppen im Mittleren Osten mit Terror versuchten, Regierungen zu stürzen und einen islamischen Staat unter der Shariah zu errichten, beteiligen sich seit einiger Zeit manche islamistischen Gruppen am politischen Prozess ihrer jeweiligen Länder, z.B. in Jordanien, Kuwait, Marokko, Algerien und Bahrain. Im Sudan gilt die Shariah seit dem Friedensvertrag mit dem Süden im Jahr 2005 nur noch für den nördlichen Landesteil.

Im Irak, dem Libanon und im Gazastreifen operieren islamistische Bewegungen und Parteien mehr oder weniger innerhalb eines Mehrparteiensystems. Doch selbst wenn islamistische Parteien nicht selber an die Regierung kommen und die Shariah einführen können, haben sie mittlerweile weite Teile der Gesellschaft im Mittleren Osten enorm verändert. Die Berliner Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer vergleicht dies mit dem Einfluss der Grünen in der BRD: „Politisch sind die Grünen heute nicht dominant, aber grüne Ansichten sind höchst einflussreich. Rein funktional ist es bei den Islamisten ähnlich: Sie bestimmen, wie man sich kleidet, was man isst.

In diesen Dingen sind sie wahnsinnig erfolgreich. (www.qantara.de). Die Kopftücher in Rabat, Algier, Alexandria und Istanbul, wo vor zwanzig Jahren noch kurze Röcke und ärmellose Kleider gängig waren, sind ein Zeichen für die religiöse Durchdringung der Gesellschaft.

■ Was soll die Shariah bringen?

Nach Ansicht islamischer Fundamentalisten würde die Shariah in islamischen Ländern den Einfluss der westlichen Säkularisation zurückdrängen, ein Anliegen, das schon die islamischen Reformer zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfolgten. Muslimische Befürworter einer Einführung der Shariah versuchen deutlich zu machen, dass die Shariah gerade die Rechte der Minderheiten schütze. Nach der Shariah sei die Gleichheit der

Menschen selbstverständlich garantiert. Religiös gesinnte Menschen jeder Kultur sollten sich freuen, wenn in einem Land religiöse Werte im öffentlichen Leben angewendet werden. Es gibt Stimmen, die durch die Shariah einen größeren Schutz für nicht-muslimische Minderheiten gewährleistet sehen als in einer westlichen Demokratie. Nur unter der Shariah ist es möglich, unterschiedliche Gesetze im Bereich des Familienrechtes zu haben, die den religiösen und kulturellen Vorstellungen der jeweiligen Gruppen entsprechen.

■ Vernebelung der Realität

Solche optimistischen Vorstellungen scheinen doch wenig mit der Realität sowohl in der Geschichte als auch in der gegenwärtigen politischen Situation zu tun zu





haben. Dort, wo es in der Vergangenheit islamische Reiche mit der Scharia als Gesetz gab, führte dies zu einer Diskriminierung der nicht-muslimischen Minderheiten. Die Historikerin Bat Ye'or hat aufgezeigt, wie unter islamischer Herrschaft christliche und jüdische Bevölkerungsgruppen systematisch zu Minderheiten dezimiert wurden. Im Sudan gibt es zwar unter der Scharia im Norden des Landes teilweise erstaunliche Freiheiten für die Aktivitäten

der christlichen Kirchen (z.B. im Blick auf theologische Ausbildung), aber gleichzeitig gibt es auch große Einschränkungen (z.B. bei der Registrierung von Gemeindehäusern). Während des Fastenmonats Ramadan können auch Nichtmuslime nicht in öffentlichen Restaurants essen. Im Norden Nigerias, wo in einigen Bundesstaaten die Scharia gilt, kommt es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen gegen Christen. Der Schulunterricht ist in vielen Ländern

stark von islamischen Überzeugungen geprägt, dem auch christliche Kinder ausgesetzt sind. Der Islam ist als religiöses und gesellschaftspolitisches System von Natur aus darauf ausgerichtet, eine einheitlich geprägte Gesellschaft aufzurichten. Durch die Einführung der Scharia erhält der Staat die Möglichkeit, diese Einheitlichkeit gewaltsam und mit gesetzlichen Mitteln zu erwirken. Intoleranz und Unterdrückung werden damit Tür und Tor geöffnet. ■

Die Rufe nach der Scharia als „Weg zum Frieden und zur Harmonie“ entpuppen sich somit als eine Vernebelung der Realität.